

Der Textil-Arbeiter

**Vereinzelte seid Ihr nichts.
Vereinigt Alles!**

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 6 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 1074.

Anzeigen die dreizehnpaltene Kleinzeile 3 Mk., Arbeitsmarkt 1 Mk. Anzeigen, Bezugs- und Verbandsgehalte sind an Otto Sehm, Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II, zu richten. Postfachkonto Berlin 5386.

Inhalt: Abgründe des menschlichen Elends! (II). — Die Gewerkschaftsbewegung, das Fundament der proletarischen Organisation, und die Betriebsräte (IV). — Dividenden in der Textil-, Schuh- und Lederindustrie. — Die generelle Verurteilung der die Rätebewegung beherrschenden Betriebsräte von den Arbeitgebern abgelehnt. — Noble Kampfweise. — Die Christlichen und wir. — Generalversammlung des Vereins süddeutscher Baumwollindustrieller. — Konferenz der Geschäftsführer und Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft im Gau Silesien. — Der Kampf gegen die Betriebsräte. — Die Betriebsrätezeitung. — Sammel für das Gewerkschaftshaus in Leipzig. — Aus der Textilindustrie. — Soziale Rundschau. — Vermischtes. — Berichte aus Fachkreisen. — Bekanntmachungen.

Abgründe des menschlichen Elends!

II.

Bemerkten möchten wir aber noch, daß nicht in allen Fällen das Garn vom Unternehmer den Heimarbeitern geliefert wird. Im Gegenteil, die Heimarbeiterinnen müssen sehr häufig noch das Garn selbst kaufen. Ferner werden die Heimarbeiter in der Regel, um einmal die niedrigen Löhne zu verbergen, nur als teilweise Beschäftigte bezeichnet. Die Gemeinden, Staat und Reich sind dann zum andern verpflichtet, Arbeitslosenunterstützung an die Heimarbeiterinnen zu zahlen. Hier werden Reich, Staat und Gemeinden um Millionen betrogen, weil diese Unternehmer sich nicht schämen, auf jede Art, und sei es die niedrigste, sich zu bereichern.

Weil die Unternehmer auf jede Art die Lohnhöhe der Heimarbeiter zu verdunkeln suchen, verstoßen sie offensichtlich gegen die Bestimmungen des Hausarbeitsgesetzes. Ja, sie wollen sogar die Zustimmung der Behörden hierzu erlangen, indem sie vorschützen, in der vogtländischen Heimindustrie es ergab sich, daß die Vorschrift nur in einem Teil der Betriebe gilt (S. 321):

„Das Verzeichnis der Hausarbeiter und das Aushängen der Lohnlisten fehlt noch in den meisten Hausarbeit-Ausgabestellen der Zwischenmeister und Faktore. Für die meisten Hausarbeiter sind Lohnbücher oder sogenannte Lieferbücher beschafft worden. Es war jedoch wiederholt zu bemängeln, daß der Eintrag über den zu zahlenden Lohn erst bei Ablieferung der fertigen Ware gemacht wurde.“

(S. 322): „Ueber die offene Auslage von Lohnverzeichnissen oder das Aushängen von Lohnlisten in den Spitzen- und Stidereiabriken erfolgten in diesen Betrieben eingehende Erörterungen, nachdem zwei Fabrikantenvereinigungen um Ausnahmen von diesen Vorschriften nachgesucht hatten und von Arbeitervertretern darüber geklagt worden war, daß diese gesetzlichen Bestimmungen nicht genügend beachtet würden. Es ergab sich, daß die Vorschrift nur in einem Teil der Betriebe einwandfrei befolgt wurde. Eine größere Zahl Anlagen begnügte sich damit, den Heimarbeiterinnen Einblick in die Muster- und Lohnberechnungsbücher zu gewähren. Dies wurde in Erwartung einer Entscheidung auf die erwähnte Eingabe vorläufig unter der Bedingung anerkannt, daß an den Ausgabestellen ein Antrag angebracht werde, der den Arbeiterinnen das Recht dieser Einblidnahme bekanntgab.“

Bei den Zwischenmeistern fehlten die Lohnverzeichnisse zumeist. Hier bietet die Durchführung dieser Bestimmungen wegen der ständig wechselnden Aufträge besondere Schwierigkeiten. Auf mögliche Erfüllung der Vorschrift wurde hingewirkt.“ In welcher Weise die Arbeiterinnen benachteiligt wurden durch das Fehlen von Lohnlisten, ist ebenfalls an einem Beispiel ersichtlich:

(S. 318): „Das Gewerbeaufsichtsamt Auerbach berichtet über nachstehenden Fall von Unregelmäßigkeit bei der Lohnzahlung: Die hiesige Heimarbeitersausgeberin für eine Waidauer Blumenfabrik zahlte Lohn für die abgelieferte Ware erst nach einigen Wochen. Sie behauptete, die Firma müsse inzwischen die Abnahme ausrechnen und ihr das Geld zufenden. Durch die Gewerbe-Aufsichtsbeamtin wurde die Hauptfirma auf diesen Uebelstand aufmerksam gemacht, und es stellte sich heraus, daß die Ausgeberin die Löhne unberechtigterweise innebehalten und überdies gedrückt hatte, indem sie für 100 Stück Blumen nur 65 Pf. auszahlte, anstatt der von der Fabrik ihr überwiesenen 1,10 Mk. Durch entsprechende Verhandlungen mit der Fabrikleitung wurde Aenderung geschaffen.“

Leider verschweigt der Bericht, welche Strafe den Gesetzesverächtern auferlegt worden ist. Nach alledem muß man annehmen, daß sie straffrei ausgegangen sind.

Wenn ferner gesagt wird, daß auch die Verzeichnisse der Heimarbeiter nicht geführt und ausgehängt wurden, so haben die Unternehmer auch hierfür „gute Gründe“. Es geschieht dies, damit bei den fortgesetzten Uebertretungen des „Verbots der Mitgabe von Arbeit nach Hause“ — gegen das im Vogtland ganz offen verstoßen wird — die Nachkontrolle erschwert wird, und ferner, damit ein größerer Teil von Heimarbeitern überhaupt nicht als solche in den Büchern der Unternehmer geführt werden. Die nicht bei den Unternehmern geführten Heimarbeiter finden wir aber als Arbeitslose in der Unterstützungsregistratur der Arbeitslosenfürsorge. Der Bericht sagt an anderer Stelle:

(S. 321): „Häufig war zu beobachten, daß Arbeiterinnen nach Erledigung ihrer achtstündigen Arbeitszeit im Betriebe sich daheim an der Heimarbeit beteiligten, die von ihren Angehörigen ausgeführt wurde.“ (Den Arbeiterinnen wird direkt Heimarbeit mit nach Hause gegeben. D. R.)

Es ist deshalb auch kein Wunder, wenn die Untersuchungen gegen Verstöße des § 137a der G.O. zu keinem greifbaren Ergebnis geführt haben. „Die Mitgabe von Arbeit nach Hause erfolgte angeblich nur dann, wenn die gesetzlich vorgeschriebene Arbeitszeit noch nicht erreicht war oder zur Weitergabe an nicht im Betriebe beschäftigte Familienangehörige.“ (S. 335 des Berichts.) Es ist leider bedauerlich, daß sich diese Arbeiterinnen auch noch schützend vor den Unternehmer stellen und dem Aufsichtsbeamten die Unwahrheit sagen.

Bei alledem sind den Unternehmern die Löhne noch zu hoch, die sie an die Heimarbeiter zahlen. Sie suchen deshalb die Heimarbeit im entlegenen Oberfranken herzustellen zu lassen. Faktore vermitteln die Arbeit nach Oberfranken. In Plauen ist die Arbeitslosigkeit geradezu erschreckend. Aber das ficht diese Sorte von Unternehmern nicht an. Sie suchen eben diese niedrigen Löhne noch weiter zu drücken. Was kümmert sie die Not der Heimarbeiter und deren Angehörige! Sie sind gute Patrioten, die vor allen Dingen an dem Wiederaufbau Deutschlands arbeiten wollen und jeden hinter „Schloß und Kiegel“ wünschen, der etwa durch Streik den Wiederaufbau stört.

(S. 322): „Eine Aufstellung über die zahlenmäßige Verteilung der Hausarbeiter in den einzelnen Gewerbearten ist nur vom Gewerbeaufsichtsamt Plauen eingegangen, da in den übrigen Bezirken diese Zählung erst für das Jahr 1920 vereinbart worden ist.“

Gewerbe- gruppe	Industriezweig	Zahl der Hausarbeiter		Ausgeber, Faktore und dergl.
		männl.	weibl.	
V.	Metall- und Maschinenbearbeitung	—	20	—
VI.	Musikinstrumentenindustrie	29	88	6
	Glühbirnenherstellung	—	29	—
IX.	Hausweberei (mit Nebenarbeiten und Spulerei)	48	71	4
	Maschinenstickerie (mit Sädelei und Wiebele)	26	940	44
X.	Stiderei (Konfektion, Spachtelnäherie und dergl.)	—	203	89
	Sand-(Monogramm-)Stiderei	19	73	93
	Gardinen-, Tisch- und Maschinen- spitzenweberei	7	247	12
XI.	Tücherknüpferei	—	57	—
	Papier- und Kartonnagenfabrikation	—	4	—
XIV.	Formstanzerei	13	178	—
	Wäsche- und Weißwarenkonfekt.	—	183	16
XVIII.	Kleider- und Mantelfabrikation	—	26	6
	Korsettfabrikation	—	804	7
	Beizner	3	—	—
		145	2424	277

Bei einem Vergleich mit dem zuletzt im Jahre 1913 aufgestellten gleichartigen Verzeichnis fällt auf, daß die Heimarbeit im allgemeinen stark nachgelassen und in der Leppich-, Perlmutter- und Zigarrenindustrie ganz aufgehört hat. Für die Textilbetriebe erklärt sich das ohne weiteres aus dem Mangel an Rohstoffen und an der dadurch verursachten schwächeren Beschäftigung. Die Perlmutterfabriken können aber trotz reger Nachfrage Heimarbeiter nicht gewinnen. Diese Erscheinung soll damit zusammenhängen, daß infolge der Arbeitslosenunterstützung die Webernahme von Heimarbeit nicht mehr für notwendig gehalten wird. Die Zigarrenfabriken geben Tabak wegen seines hohen Preises nicht mehr in die Heimarbeit aus.“

Die Gewerkschaftsbewegung, das Fundament der proletarischen Organisation, und die Betriebsräte.

Von W. Sager.

IV.

Auf diese Weise wiederholt sich das Spiel stets von neuem: Ist die Partei im Besitz einiger Macht, dann kann und wird sie das Versprochene nicht halten können, weil sie vom Bezug aus bürgerlichem Lager infiziert ist, die innerliche Kraft zum Widerstand darum nicht besitzt. Und eine Opposition fängt von vorne an.

Für das Proletariat ist das leider kein Scherz, sondern bitterer Ernst, denn es beginnt damit die Mühseligkeit seiner Anstrengungen ebenfalls von neuem.

Aber, wie schon dargelegt: Die Kräfte müssen eines Tages, zusammengefaßt, geklärt und geläutert, zu unwiderstehlicher Machthöhe zusammenfließen.

Dazu wird vor allem andern der heute sich im Stadium größter Verwirrung befindliche Richtungsstreit um die Räte wesentlich beitragen. So absurd dieser Gedanke zu-

nächst auch erscheinen mag, seine Richtigkeit wird sich in kürzerer Zeit erweisen, als in diesem Richtungsstreit Verwickelte annehmen und zugestehen werden.

So scharf sich die verschiedenen Strömungen in der Rätebewegung zurzeit noch befehden — der Wille zur Einheit und Geschlossenheit der großen Masse ist deutlich zu verspüren, und dieser Wille wird sich über die Bevormundung der Parteien hinwegsetzen.

Die Verhältnisse der Wirtschaft und die Macht der Notwendigkeiten werden die Extremitäten auf diesem Gebiet auf ein erträgliches Maß eindämmen und andererseits die Laue und Flauheit aufpeitschen und auftrütteln, daß die auf sie eingestellten Strömungen nicht auf ihre Rechnung kommen.

Die Gewerkschaften werden und müssen, gedrängt von der Macht der Verhältnisse, den schon in Anfängen vorhandenen Umgestaltungsprozess zu Industrieverbänden fort- und durchführen. Und die Betriebsräte werden maßgebende Glieder in ihnen sein, ihre Macht ausstrahlen, mit ihnen und durch sie wirken und den Aufgabenkreis der Industrieverbände de facto erweitern, sie drängen und schieben, innerlich erneuern, mit frischem Blut durchdringen und dadurch erst das Schlagwort von der Revolutionierung der Gewerkschaften wahr machen.

Ich sehe Späne fliegen. Was tut's? Der Ernst der Zeit und die Sache des Volkes duldet weder Sentimentalität noch Traditionen, noch die Kunst der Mimikry.

Wer erstarrt ist in alten, lieben und bequemen Bahnen, wer dem Zeichen der Zeit verständnislos gegenübersteht, wer das Herz in der Hofentäuschung oder in der Futtertrippe hat, soll soviel Anstand besitzen, um abzutreten von Positionen, an denen er Störungen verursacht.

Die Parole muß lauten: Los vom Gängelband politischer Gruppen und Grüppchen, los vom Gängelband fanatischer, die Arbeit nur vom Hören und Sagen kennender Narren!

Heraus aus dem Nebel- und Dunstkreis unsinniger Saarpalare!

Ihr Betriebsräte! Schämt Euch nicht Funktionäre der Gewerkschaften, Eurer Gewerkschaften zu sein! Es kommt nicht auf die Stelle an, die Ihr formell einnehmt, sonder: darauf, wie ihr sie ausfüllt.

Funktionär der Gewerkschaften sein heißt: Vertrauensmann der Kollegen, des arbeitenden Volkes sein. Durch sie steht hinter Euch die vereinigte Arbeiterkraft, die Mehrheit der Proletarier. Sie und Ihr bestimmt in den Gewerkschaften und somit im Namen des Proletariats die Wege des großen gesellschaftlichen Ringens.

Alle Richtungen sind in den Gewerkschaften vereinbar, alle Kräfte, die der Sache des Proletariats ehrlich dienen wollen, finden in ihnen Raum zur Entfaltung.

Nur so werden Arbeiter Arbeiterinteressen fördern und wahren, auf geradem Weg bleiben, um dann, ist es Zeit dazu, das Ziel zu verwirklichen: daß der Mensch dem Mensch zum Bruder wird und ein neues, lebenswertes Leben entsteht.

Ein Leben und eine Gesellschaft, in der Raum ist für Freiheit, für Recht, für Freude. Eine Freude, von der Schiller sagt:

Freude, schöner Götterfunken,
Lichter aus Sphium,
Wir betreten feuertrunken,
Himmliche, Dein Heiligum.
Deine Hauber binden wieder,
Was die Mode streng geteilt,
Alle Menschen werden Brüder,
Wo Dein sanfter Flügel weilt!

Dividenden in der Textil-, Schuh- und Lederindustrie.

Beim Studium der Nummern 22 und 25 unseres „Textilarbeiters“ werden unsere Kollegen und Kolleginnen sicher auch die beiden Abhandlungen über Geschäftsabschlüsse von Textillaktiengesellschaften mit Interesse verfolgt haben, in denen gezeigt wird, mit welcher Raffiniertheit man fast allgemein verfuhr, den harmlosen Leser über interne Geschäftsvorgänge hinwegzutäuschen, um unter anderem ein falsches, möglichst ungünstiges Bild der finanziellen Beschaffenheit des betreffenden Unternehmens darzustellen. Der damit verfolgte Zweck liegt auf der Hand. Einmal sollen die Arbeiter mit dem „ungünstigen Abschluß“ gefördert werden, das andere Mal will man auch den Aktionären selbst eins auswickeln. So wurde z. B. in der Generalversammlung der A.-G. Drenstein u. Koppel in Berlin die Bilanzierungsmethode des Unternehmens einer scharfen Kritik unterzogen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Aktionäre einen Anspruch darauf haben, daß der Unternehmergewinn „voll an sie zur Auszahlung gelange“. — Unsere Kollegen sehen also, daß auch die armen Aktionäre ihre liebe Sorge haben, ihren schwer verdienten Lohn zu erhalten.

Andererseits verdient festgehalten zu werden, daß auch die organisierte Arbeiterschaft sich mehr und mehr mit den Kniffen der hoch- und bilanztechnischen Führung vertraut macht und ihr die fachmännisch gewählten Verschleierungsausrücke keine böhmischen Dörfer mehr sind. Zu wünschen wäre vor allen Dingen, daß sich alle Gewerkschaften wie politische Arbeiterblätter intensiver damit beschäftigen würden, in anschaulicher Ausführung — wie in obigen Nummern unseres Fachblattes — ähnliche Geschäftsergebnisse von Aktiengesellschaften zu besprechen und so der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, was zugleich eine weitere Aufklärung, aber auch einen wirksamen sozialistischen Anschauungsunterricht darstellen würde. Im weiteren steht uns durch Anwendung eines solchen Verfahrens eine wirksame Waffe gegen den Kapitalismus überhaupt zur Verfügung.

Die bereits erwähnten zwei Artikel in unserem Fachblatt ergaben in ersterem Falle eine Dividende von 45 Proz. (Segall-Berlin), in letzterem eine solche von 35 Proz. (Zwickauer Baumwollspinnereien). Nach inzwischen veröffentlichten Betriebsergebnissen von Textilaktiengesellschaften kann diese Liste mit teilweise noch fetteren Dividenden beliebig erweitert werden. So erhalten die Aktienbesitzer der folgenden Gesellschaften eine Dividende von:

- Gera-Geiger Kammgarnspinnerei, Zwickau, 85 Proz. und ein Extracoucheon von 150 Proz. durch Gratissakt.
- Norddeutsche Wollkammerei und Kammgarnspinnerei Bremen 62 Proz. (12 Proz. Div., 50 Proz. Bonus).
- Sächsische Wollgarnfabrik vorm. Mittel & Krüger-Leipzig 60 Proz. (10 Proz. Div., 50 Proz. Bonus).
- Neue Baumwollspinnerei und Weberei, Hof, 40 Proz.
- Kammgarnspinnerei Meerane 85 Proz.
- Zwickau 87 Proz.
- Scheibitz 85 Proz.
- Leipzig 80 Proz.
- Mechanische Treibriemenweberei und Seilfabrik Kunz-Treuen 85 Proz.
- Wogtländische Füllfabrik Blaun 84 Proz.
- Alten-Spinnerei Aachen 82 Proz.
- Tüllfabrik Mehlthaler-Oberpfort 81 Proz.
- Saganer Wollspinnerei und Weberei 80 Proz.
- Deutsche Wollwarenmanufaktur Grünberg 80 Proz.
- Grafelder Teppichfabrik 80 Proz.
- Baumwollspinnerei Germania-Epe 80 Proz.
- Färberei Glauchau A.-G. 77 Proz. usw.

Einen achtfachen Reingewinn gegen das Vorjahr = 60 Proz. Dividende erzielte die Rauchwarenzurichterei und Färberei A.-G. vorm. L. Walters Nachf.-Martranzstädt.

Von unserer Seite ist schon des öfteren festgestellt worden, daß gerade die Textilunternehmungen unerhörte Gewinne einheimen haben, während das arbeitende Volk nicht in der Lage ist, sich die allernotwendigste Bekleidung anzuschaffen und in Lumpen herumlaufen muß. Selbstverständlich zeigen sich diese Erscheinungen auch in anderen Industrien. Die „Hochfrequenz-Maschinen-A.G.“ für drahtlose Telegraphie-Berlin“ schüttet eine Dividende von 92,8 Proz. aus. Am frassesten aber tritt wohl die kapitalistische Baumwollindustrie in der Schuh- und Lederindustrie auf. Unsere Kollegen und Kolleginnen wissen, daß es seit Aufhebung der Lederzwangswirtschaft im August 1919 unmöglich war und noch ist, Schuhe zu kaufen. Arbeitnehmerfachleute der Lederindustrie erklärten bei Aufhebung der Lederzwangswirtschaft, daß eine kolossale Preissteigerung die Folge sei, der Absatz unmöglich und eine große Arbeitslosigkeit eintreten werde. Die schlimmsten Befürchtungen sind von den Tatsachen überholt worden. Es trat eine unheimliche Preissteigerung ein. Die Löhne der Arbeiter hielten mit dieser Preisentwicklung nicht im entferntesten gleichen Schritt. Je höher aber die Preise der Schuhe, um so größer der Verdienst der Unternehmer. Daß die „Konjunktur“ gut anschlag, beweist schon folgendes Beispiel: Die „Wandbender Lederfabrik A.-G.“ in „Samburg“ konnte sich gestatten, ihren Aktionären eine Dividende von 30 Proz. von 2 1/2 Millionen Aktienkapital, also 750 000 Mk. Dividende, zu bewilligen, ferner einen Reservefonds von 625 000 Mk. = 25 Proz. des Grundkapitals auszusütteln, gleich einer Gesamtdividende von 55 Proz. des Nennwertes jeder Aktie. Damit aber die Arbeiter auch etwas bekommen, hat man eine Million für Errichtung einer Pensions- und Unterstützungskasse für Arbeiter und Angestellte bereitgestellt. Das Unternehmen war also in der Lage, die Summe von 2 375 000 Mk. zur Verfügung zu stellen. Durch die Erhöhung des Grundkapitals um 5 auf 7 1/2 Millionen ist der Segen für die Aktienbesitzer durch Einräumung des Vorkaufsprüchs nach nicht zu Ende. — Die „Niederreinhische A.-G.“ für Lederindustrie in Wdrath“ erzielte einen Reingewinn von 1 060 802 Mk., die „Lederfabrik Sirchberg vorm. S. Knoch u. Co.“ 1 357 857 Mk., eine Dividende von 40 Proz. bringt die „Nachener Lederfabrik A.-G.“ zur Verteilung, 30 Proz. die „Stader Lederfabrik A.-G.“ in „Stade“.

Im April trat der große Sturz der Gütepreise ein. Die Rohfäuteaktionen ergaben in der Folge einen Preissturz von über 70 Proz. Dadurch kam der Absatz in Schuhwaren vollständig zum Stocken. Inzwischen haben die Arbeiter der Schuhfabriken zum größten Teil die Kündigung erhalten. Allein in der Pfälzer Schuhfabriken-Monopole Firmasens liegen 9000 Arbeiter arbeitslos auf der Straße, für die als Opfer des Volochs Kapitalismus aus öffentlichen Mitteln monatlich 5 bis 5 1/2 Millionen Mark aufgebracht werden müssen. Angesichts dieses Massenelends erlaubt sich ein Unternehmerblatt die Bemerkung, „daß die Firmamenier und Pfälzer Arbeiter der Schuhindustrie Verständnis zeigen für die Lage der Schuhindustrie“. Und das wohl deshalb, weil ihnen anädiglichst nach dem sogenannten „Notstandsabkommen“ für den Ferienmonat Juni „grundtätlich“ etwas über die Hälfte des Lohnes für diesen Monat gezahlt wird? Wer glaubt es? Das angebliche Einverständnis der Arbeiterschaft war Schwindel!

Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ sind die Schuhfabriken mit Millionen Paaren fertiger Schuhe angefüllt, es sei aber kein Absatz möglich. Überall große Vorräte, keine Verkaufsmöglichkeiten, Einschränkung der Erzeugung, Arbeiterentlassungen, Konkurse. Auf der anderen Seite aber leidet die Bevölkerung bitter Not an autem Schuhzeug, sie braucht alle diese Güter und kann sie nicht bekommen, weil ihr die Kaufkraft fehlt.

Armes deutsches Volk! Auf Deinem Rücken wurde der Krieg ausgefochten, jetzt die wirtschaftliche — Revolution.

M. Förster.

Die generelle Beurlaubung der die Rätechule besuchenden Betriebsräte von den Arbeitgebern abgelehnt.

Eine Anzahl unserer Betriebsräte besucht zurzeit eine von unserem Verbands ins Leben gerufene Betriebsräte-Schule. Der Kursus dauert bekanntlich mit Einschluß einer sechswöchigen Ferienunterbrechung ein halbes Jahr. Gedacht ist, daß selbstverständlich diese Betriebsräte nach Beendigung des Kursus in ihre alten Arbeitsstellen zurückkehren und ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Wir sind der Auffassung, daß ganz selbstverständlich niemand, auch kein Arbeitgeber, anderer Meinung hat sein können. Um aber Differenzen von vornherein vorzubeugen, hatten wir bei der Arbeitsgemeinschaft den Antrag gestellt, zu beschließen, daß generell von den Unternehmern den in Frage kommenden Betriebsräten der notwendige Urlaub zu gewähren sei, und daß somit der Besuch der Schule nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses angesehen werden soll. Das ist insofern ganz selbstverständlich, damit die Betriebsräte, die zum Zweck ihrer ausübenden Tätigkeit die Schule besuchen, natürlich als Betriebsräte zurückkehren, um das Gelernte nutzbar machen zu können. Die geplante Ausbildung ist derart, daß die erfolgte Schulung nicht nur den Arbeitern, sondern in hohem Maße auch den Unternehmungen, ganz besonders aber der gesamten Volkswirtschaft zugute kommen muß. Diesen Antrag haben die Arbeitgeber abgelehnt. Wir gestehen gern zu, daß es von den Unternehmern nur konsequent war, wenn sie als Gegner des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter in den Betrieben naturgemäß auch Gegner der Betriebsräte und somit auch deren Ausbildung sind. Wird es auch nicht offen ausgesprochen, so ist es doch der Sinn der Haltung der Arbeitgeber. Wenn sonach die Arbeitgeber auch hier ihre Interessen über diejenigen der gesamten Volkswirtschaft, also des Allgemeinwohls stellen, so ist das, wie gesagt, vom Standpunkt des Unternehmertums aus zwar Konsequenz, aber man wird auch uns nicht verübeln, wenn wir bei Anträgen der Arbeitgeber, die sie mit dem Interesse der Hebung der Volkswirtschaft begründen, uns an diese Dinge erinnern und ihnen mit dem größten Mißtrauen begegnen.

An dieser Tatsache ändert es auch nichts, daß die Arbeitgeber ihre ablehnende Haltung schmachhaft zu machen versuchen durch die Erklärung einzelner Herren, daß sie persönlich dem Antrag Rechnung tragen würden.

Eine Verpflichtung aber in dieser Hinsicht den Arbeitgebern aufzuerlegen, sei schon technisch nicht möglich, da man ja gar nicht wisse, wie sich die Geschäftslage gestalten werde.

Die Einwendung der Arbeitnehmer, daß die Textilindustrie mit ihrer Million zurzeit Beschäftigten wohl 40 Mann beurlauben könnte, konnte die Unternehmer nicht von ihrem Standpunkt abbringen.

Wenn die Unternehmer sich schließlich bereit erklärten, die Frage der Zentralarbeitsgemeinschaft vorzulegen, die doch mit dieser ganz internen Angelegenheit der Textilindustrie nichts zu tun hat, so konnten unsere Vertreter dem natürlich nicht zustimmen.

Die Arbeitgebervertreter blieben ihrer bisherigen Methode treu, jede Sache zu einer Prinzipiensache zu machen und sich dahinter zu verschanzten.

Wie es wirklich gemeint war, zeigte sich ja noch recht deutlich, als später sogar die Zustimmung dazu verweigert wurde, daß hinsichtlich der Ferienfrage der Besuch der Rätechule nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses, sondern nur als Beurlaubung anzusehen sei.

Selbstverständlich wird sich weder unser Verband noch werden sich unsere Betriebsräte durch solche Hindernisse abhalten lassen, für die Ausbildung und Schulung der Betriebsräte das zu tun, was im Interesse der Arbeiterschaft notwendig ist.

Noble Kampfesweise.

Wir gelangten in den Besitz eines vertraulichen Rundschreibens einer Unternehmerorganisation, das uns wichtig genug erscheint, es auch weiteren Kreisen zur Kenntnis zu bringen. Es hat folgenden Wortlaut:

Fabrikantenverein der Spachtel- und Tamburindustrie e. G. zu Plauen i. V.
Plauen, den 3. Juni 1920.
An die Herren Mitglieder des Fabrikantenvereins der Spachtel- und Tamburindustrie e. G. in der Reichshauptmannschaft Zwickau.

Wir machen hierdurch auf die Bekanntmachung des Demobilisierungsausschusses aufmerksam, wonach zur Freimachung von Arbeitsstellen vom 10. Mai 1920 ab berbeiratete Frauen, deren Männer im Arbeit stehen, zu entlassen sind, desgleichen auch solche Arbeitnehmer, die nicht auf Erwerb in ihrer Beschäftigung angewiesen sind, und solche, die ihren Wohnsitz nicht innerhalb des Wirtschaftskreises, in dem die Arbeitsstätte liegt, haben. Für jeden auf diese Weise zur Entlassung kommenden Arbeitnehmer ist ein Erwerblosler der öffentlichen Arbeitsnachweise einzustellen.

Zurückbehandlungen gegen diese Verordnung sind mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. oder mit beiden Strafen bedroht.

Wir empfehlen dringend, diese Entlassungen mit den Betriebsräten vorzubereiten und die Beteiligten ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß die Gewerkschaften diese Verordnung durchgesetzt haben, und auf ihre Durchführung zum Nachteil der Betroffenen einwirken, während die Arbeitgebervertreter der Industrie gern die eingearbeiteten berbeirateten Arbeiterinnen behalten wollen. Die Gewerkschaften hielten es jedoch für möglich, diese Arbeiterfrauen gerade jetzt brotlos zu machen.

Es ist ganz besonders notwendig, die Betroffenen hierüber eingehend aufzuklären, damit nicht den Arbeitgebern der Vorwurf unsozialer Handlungsweise gemacht wird.

Die Bekanntgabe an die Beteiligten bitten wir, aus begreiflichen Gründen, bis Sonnabend dieser Woche zu bewirken.

Hochachtungsvoll
Fabrikantenverein der Spachtel- und Tamburindustrie in Plauen.
S. A.: gez. Rechtsanwalt Müller, Syndikus.

Also ausgerechnet in der Woche vor der Reichstagswahl, bis Sonnabend, den 5. Juni, sollten die Arbeiterinnen auf die Entlassung vorbereitet und „aufgeklärt“ werden, daß sie diese den Gewerkschaften zu verdanken hätten. Mit solchem Schwindel sollten die Wahlen „gemacht“ werden. Es ist doch eine schöne Sache um die politische Ehrlichkeit eines demokratischen und volksparteilichen Unternehmertums und ihres Syndikus Müller. Nur schade, daß die Arbeiterinnen, wie

das Wahlergebnis dartut, etwas klüger waren, als man sie einschätzte, und auf diesen Reim nicht eingegangen sind.

Und so etwas hat dann noch die Stirn, von einer verbeizenden Tätigkeit der Arbeiterführer zu reden, die doch gegen solche Leistungen die reinen Waisenknaben sind.

Solche Kampfmethoden geben uns aber eine Gewißheit, nämlich die, daß die Position des Unternehmertums eine verdammte schlechte sein muß, wenn es sich genötigt sieht, zu solchen Kampfmitteln zu greifen, wie der Ertrinken nach dem rettenden Strohhalm.

Die Christlichen und wir.

Man schreibt uns aus Langenbielau:
In der Nummer 25 der „Textilarbeiter-Zeitung“, Verbandsorgan des christlichen Textilarbeiterverbandes, ver sucht ein Scribafag der Filiale Langenbielau sich an den Mitgliedern sowohl als auch an der Verbandsleitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes zu reihen. In einer Notiz läßt er seinen Geifer spritzen gegen die freigeordneten Textilarbeiter bei der Firma Postpischil, weil die nicht so dumm waren, sich bei der Betriebsrätewahl im April von dem Firmeninhaber und den getreuesten Helfershelfern des Kapitals, den Drahtziehern des christlichen Textilarbeiterverbandes, das Fell über die Ohren ziehen zu lassen. Wenn irgendwo, dann ist auch hier wieder der Beweis geliefert worden, daß die Mitglieder des christlichen Textilarbeiterverbandes — genau wie die der katholischen Fachabteilungen — sich von den Unternehmern gedankenlos wie Kälber zur Schlachtbank haben führen lassen. Der Unternehmer, Herr Postpischil, dessen Betrieb lange stillgestanden hat und der 1919 allmählich wieder in Gang gebracht wurde, hätte — wie er im Gemeindeinteresse verpflichtet war — Arbeitslose vom örtlichen Arbeitsnachweis einstellen müssen. Systematisch versuchte er dies aber zu tun und stellte Christliche aus Reichensbach ein. Trotzdem er vom Arbeitsnachweis auf das Gemeindeführende seines Tuns aufmerksam gemacht worden war, versuchte er es später wieder. Als dann die Betriebsrätewahl heranrückte, versuchte er mit allen Mitteln, sich einen christlichen Betriebsrat zu sichern. Da war es doch mehr als selbstverständlich, daß die freigeordnetlich Organisierten nicht tatenlos zusehen, sondern dem Herrn Postpischil und seinen Brüdern in Christo auf die Finger klopfen und darauf achteten, daß die Bestimmungen des Gesetzes auch beachtet würden. Die freigeordnetlich Organisierten waren also nicht vom sozialdemokratischen Machtdünkel und Größenwahn befeelt, sondern ängstlich darauf bedacht, daß die Arbeiterinteressen nicht unter den Schlitzen kämen. In einer zweiten Notiz derselben Nummer orakelt wohl derselbe Scribafag wie folgt: Verleumdung, Lüge und Terrorismus, das sind die geistigen Waffen und Mittel von Fanatikern im Lager des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes. Jedes Mittel ist ihnen recht, wenn es gegen die christlichen Organisationen geht. Wie sehr diese Gesapostel mit ihren beliebten Verdächtigungsverfahren und ihren Bergemaltigungen Undersorganisierter der ganzen deutschen Arbeiterbewegung schaden, ist ihnen wohl selbst nicht zum Bewußtsein gekommen. Wie leichtfertig Behauptungen aufgestellt werden, davon legt folgender Vorfall erneut Zeugnis ab: Am Donnerstag, den 27. Mai, tagte in Langenbielau in Schlefier der Schlichtungsausschuß der Textilindustrie. In dieser Sitzung wurden wiederum Terrorfälle gegen christliche Arbeiter besprochen, die sich bei der Firma Fröhlich in Langenbielau ereignet haben. Von besonderem Interesse war, daß Gewerkschaftsfunktionär „Genosse Lang“ von „schmutziger Agitation der christlichen Gewerkschaften“ sprach. Auf eine Frage, worin denn diese bestehe, ist Lang bis heute jede Antwort schuldig geblieben. Das ist die jactam bekannte Manier zahlreicher Fanatiker im sozialdemokratischen Lager. „Verleumde und lüge nur drauf los, etwas bleibt doch hängen!“ Damit hoffen sie dem Gegner zu schaden und sich und ihrer Bewegung zu dienen. Wie schlecht muß es aber um eine Sache bestellt sein, die mit solchen Mitteln die Mitglieder bei der Stange halten muß!

Hierzu möchten wir folgendes bemerken: Seit einer Reihe von Monaten unterhält der christliche Textilarbeiter-Verband in Langenbielau einen Angestellten Smuda. Aus wessen Mitteln er bisher unterhalten wurde, das wissen die Götter; vielleicht sind es dieselben Quellen, die auch in Reichensbach dem katholischen Facharbeitersekretär Willinet erhalten. Seitdem dieser Smuda hier tätig ist, setzte mit allen möglichen Mitteln und unter Mithilfe aller möglichen Sintermänner eine geheime Heze gegen den Deutschen Textilarbeiterverband ein. Unserer Langenbielauer Verbandsleitung und besonders unserem Vorsitzenden und Geschäftsführer, dem Kollegen Lang, wurde nachgeredet, sie schädigten alle miteinander die Interessen der Textilarbeiter-schaft. Die christlichen Vertreter hätten bei den letzten Lohnverhandlungen viel mehr Lohn herausgeholt wollen, aber die Vertreter des Deutschen Verbandes hätten dies verhindert, weil sie und vor allem der Kollege Lang mit den Unternehmern unter einer Decke lägen usw. Da uns gleichlautende Meldungen aus den verschiedensten Orten zugehen, ermaßen wir, daß in dieser gemeinen Art System liegen müsse und bezeichneten eine derartige Handlungsweise des christlichen Textilarbeiterverbandes als eine „schmutzige Aktion“.

Da jene Mittel allein nicht verfangen, mußte auch das Mittel des unlauteren Wettbewerbes herhalten, indem man denjenigen, die zum christlichen Verband kommen würden, billigere Beiträge versprach. Trotzdem auch der christliche Verband durch Verbandsstatut und sonstige Instanzen hatte beschließen lassen, daß der wöchentliche Beitrag ungefähr einem Stundenlohn entsprechen sollte, verkaufte der christliche Verband Marken zu 1 Mk. und 1,60 Mk. an solche, die über 2 und 3 Mk. die Stunde verdienen. Auch dieses war eine „schmutzige Agitation“.

Ein solches Vorgehen ist bezeichnend für den christlichen Verband; es beweist, daß der christliche Verband selber überzeugt ist, daß er mit seinen Grundsätzen nicht einmal einen Fund hinter dem Ofen hervorlocken, geschweige ein Mitglied gewinnen würde. Bezeichnend ist weiter, daß die christlichen Verbandsvertreter das erste Mal am 21. Januar dieses Jahres in Breslau gefolgentlich der Verhandlungen in der schlesischen Arbeitsgemeinschaft von unseren Teilnehmern auf das Au-

moralische der Agitation mit niedrigeren Beiträgen hingewiesen wurden; damals versprachen die christlichen Vertreter Besserung. Als jedoch der christliche Verband hinterher seine ihm u hige Taktik weitertrieb, wurden seine Vertreter bei der Arbeitsgemeinschaft am 26. März erneut vorgeladen und ihnen bedeutet, unsere Gebuld sei jetzt zu Ende, wir könnten sie jetzt nicht mehr als Gewerkschaften anerkennen und wir lehnten Verhandlungen in ihrem Beisein mit den Unternehmern ab. In dieser Sitzung gabek ihre zwei Vertreter, Jungnickel und Smuda, und der als Gast erschienene Gottschling, Reichenbach, vor 18 Vertretern unseres Verbandes die Erklärung ab, sich dafür ganz energisch einzusetzen, daß nunmehr die wöchentliche Beitragszahlung ungefähr einem Stundenlohn entsprechen soll, entsprechend ihren Verbandsbestimmungen.

Wir übergaben hinterher diese Erklärung sinnergemäß der Öffentlichkeit. Der christliche Verband war dann so unverschämte, seine eingegangene Verpflichtung in einer Reichenbacher Zeitung abzubreiten. Unsere Mitgliedschaft war deshalb äußerst ungeliebt und darüber, besonders als Anfang Mai bei der Mitgliedsbücher- und Beitragskontrolle sich herausstellte, daß die Mitglieder des christlichen Textilarbeiterverbandes kaum einen halben Stundenlohn als Wochenbeitrag zahlten. Als nun hierzu noch die gemeine Verleumdung unserer Verbandsleitung hinzukam, schlug dies dem Haß den Boden aus und erzeugte eine begriffliche Erregung unter unserer Mitgliedschaft. Dies war dann auch die Ursache, warum unsere zirka 200 Mitglieder bei Fröhlich mit 6 anderen, die zum „billigen Verbands“ hielten, nicht mehr zusammenarbeiten wollten; vier, die ausdrücklich erklärten, sie seien uns abtrünnig geworden, weil es beim christlichen Verband billiger sei und weil deren Verbandsleitung in der Mitgliederversammlung erklärt hätte, sie wollten höhere Löhne heraushehlen als wie es der Deutsche Verband getan. Daß solche Mitglieder und eine Verbandsleitung, die auf derselben niederen Stufe steht, verabschiedungswürdig ist, brauchen wir nicht erst zu sagen, das sagt die christliche „Textilarbeiter-Zeitung“ in genau derselben Nummer, wo sie uns anpöbelt, unter D e r b r u c h : Zum ernstlichen Nachdenken für unsere Mitglieder! „Keine Achtung kann man haben vor solchen Kollegen oder auch Kolleginnen, die unserem Verbands den Rücken kehren und in andere Verbände übertreten, weil sie dort niedrigere Beiträge entrichten können. Das zeugt von wenig Opfergeist und haben diese Arbeiter nur allzusehr vergessen, was sie unserem Verbands zu verdanken haben. Es ist der persönliche Eigennutz, der auch hier in den einzelnen Fällen ausblaggebend gewesen ist.“

Diese Selbstzüchtigung schadet dem christlichen Verband in Langenbielau, Reichenbach usw. gar nichts. Hier besteht also die ganze Ortsgruppe aus solchen persönlichen Eigennütigen, vor denen kein Mensch Achtung haben kann. Gelegentlich unserer Verhandlungen bei Fröhlich, als auch in den Schlichtungsausschüssen ist deshalb der christlichen Verbandsleitung unabweidlich gesagt worden, was eine „schamlose Agitation“ sei. Nur solche unverständige und niedrig denkende Naturen, denen Solidaritätsgesühl fremd ist, kann man über den wahren Charakter der christlichen und katholischen Arbeiterbewegung hinwegtäuschen. Während die Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes schon vor Jahrzehnten viele Opfer brachten; um die wirtschaftliche Lage der Allgemeinheit der Arbeiterchaft zu heben, wurden die christlichen und katholischen Arbeiter immer als Helfershelfer des Kapitals gegen ihre eigenen Klassengenossen verwendet. In unzähligen vielen Fällen wurden sie zu Streikbrechern gedreht und als solche mißbraucht, wenn die anderen Arbeiter um etwas mehr Menschenrechte, um mehr Lohn und kürzere Arbeitszeit kämpften. Zahlreich haben die Drahtzieher im hiesigen Gebiet die katholischen Facharbeiter resp. die wenigen dort angehörenden Arbeiter mißbraucht. Als dies nicht mehr möglich war, als die Mitgliederzahl in der katholischen Fachabteilung so gering geworden, daß ihre Zahl zu klein war, um der Arbeiterschaft zu nützen, da versuchte man es mit der Gründung des christlichen Textilarbeiterverbandes. Hier konnten wir genau dasselbe feststellen wie früher in anderen Orten: daß Unternehmer oder ihre Beauftragte die katholischen Facharbeiter und die christlichen Gewerkschaften im geheimen oder öffentlich zu fördern versuchten. So hielt der christliche Verband am 12. März 1919 bei Schön in Langenbielau einen Versammlung ab; nachdem der Verbandsangestellte Jungnickel gesprochen, nahm der damalige Syndikus der Bezirksgruppe Reichenbach des Verbandes schlesischer Textilindustrieller, Herr Rechtsanwalt Böse, das Wort und forderte sämtliche christlichen Arbeiter auf, sich zusammenzuschließen und dem sozialdemokratischen Strom einen christlichen Damm entgegenzusetzen.

Die Unternehmer haben sich bisher schwer geübt, eine solche energische Agitation für die freien Gewerkschaften resp. für den Deutschen Textilarbeiterverband zu entfalten. Darau ist auch ohne weiteres klar und deutlich zu erkennen, daß, wenn schon ein Verband oder seine Leitung mit dem Unternehmertum unter einer Decke liegt, dies nur der christliche Verband sein kann, dessen eifrige Förderung den Unternehmern so sehr am Herzen liegt.

Deshalb, Arbeiter und Arbeiterinnen, die Augen auf! Erkennt, wo eure wahren und eure falschen Freunde sitzen! Der Grundsatz in der christlichen und katholischen Arbeiterbewegung ist: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben, wenn ihn sein Herr nicht freiwillig erhebt.“ Wir im Deutschen Textilarbeiterverband erstreben aber das Gegenteil, wir treten ein für Gleichberechtigung alles dessen, was Menschenantlig trägt, wir wollen, daß alle Menschen arbeiten, daß aber auch alle eine gesicherte Existenz haben und allen das Leben lebenswert gestaltet wird. Wessen Ziel das gleiche ist, der halte zu uns, der trete ein in den Deutschen Textilarbeiterverband! Gg.

Generalversammlung des Vereins süddeutscher Baumwollindustrieller.

Die „Korrespondenz Textilindustrie“ berichtet darüber: Der Verein süddeutscher Baumwollindustrieller, Sitz Ulmsburg, hielt in München seine diesjährige ordentliche Generalversammlung ab. Zu

Beginn der Sitzung gedachte der Vorsitzende, Herr Geheimrat Kommerzienrat Heinrich Semlinger-Bamberg, des 50jährigen Bestehens des Vereins und der Fülle von Arbeit, die von dem Verein auf den verschiedensten Gebieten des Wirtschaftslebens in diesem Zeitraum geleistet worden ist. Der Verein gehört zu den ältesten industriellen Vereinigungen und ist auf die Entwicklung der Gesamtorganisation der deutschen Industrie von maßgebender Bedeutung gewesen.

Nach Erledigung innerer Vereinsangelegenheiten erstattete der Geschäftsführer des Vereins, Syndikus Dr. Böhm, einen eingehenden Bericht über alle wichtigen wirtschaftlichen Fragen der Baumwollindustrie. Neben der Frage der Finanzierung der Rohstoffversorgung wurde insbesondere eingehend die Frage der Lieferungs- und Zahlungsbedingungen für die Rohstoffe sowie für Garne und Lächer erörtert, über die zum Teil zwischen den verschiedenen in Betracht kommenden Liefer- und Abnehmerverbänden Verhandlungen schweben oder bevorstehen. Die Verhandlungen über den neuen deutschen Baumwollgarnkontrakt konnten erfreulicherweise vor kurzem zum Abschluß gebracht werden, so daß weitestgehend zwischen Spinnern und Garnverbrauchern die wesentlichen Grundlagen für die Lieferungsbedingungen geschaffen sind. Anlaß zu den schwersten Klagen gab die Ausfuhrpolitik der deutschen Regierung, die es der deutschen Baumwollindustrie zur Unmöglichkeit machte, weiterhin fertige Waren in das Ausland zu exportieren. Die Ausfuhr aber sei für die Baumwollindustrie eine Lebensfrage, da die Exportmöglichkeit die unbedingte Voraussetzung für den fortlaufenden Bezug von Rohbaumwolle aus dem Ausland bilde. Die Versammlung billigte beifällig die nachdrücklichen Schritte, welche die Vereinsleitung seit Wochen, leider bisher ohne ausreichendem Erfolg, gegen Ausfuhrpreisprüfung und Ausfuhrabgaben bei Baumwollwaren und gegen die langen Verzögerungen der Ausfuhrbewilligungen erhoben hat. Eine schwere Gefahr für die Baumwollindustrie bildet auch die Bestimmung in dem Friedensvertrag, wonach für eine Dauer von 5 Jahren Garne und Gewebe aus dem Elsaß zollfrei eingeführt werden dürfen, zumal die französische Regierung hierfür einseitig außerordentlich hohe, in den tatsächlichen Verhältnissen nicht begründete Kontingente festgesetzt und ein Verhandeln hierüber bisher abgelehnt hat. — An den Bericht schloß sich eine lebhaft Aussprache an, die eine Uebereinstimmung der Vereinsmitglieder in den das Wirtschaftsleben der Baumwollindustrie bewegenden Fragen ergab.

Konferenz der Geschäftsführer und Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft im Gau Schlesien.

Die Konferenz wurde am Sonntag, den 20. Juni, in Breslau abgehalten.

Kollege Fritsch gab einleitend zu seinem Referat einen kurzen geschichtlichen Rückblick auf die Mitgliederbewegung. Die Mitgliederzahl im Gau Schlesien betrug am 1. August 1914 rund 8000. Während des Krieges sank sie, doch weniger als in anderen Gauen. Es ist dies darauf zurückzuführen, daß in Schlesien der Geschäftsgang während des Krieges nicht so ungünstig wie in anderen Teilen des Reiches war. Ende 1917 begann der Aufstieg der Mitgliederzahl. Anfang 1918 betrug sie 9400, Ende 1918: 21 000; das zweite Quartal 1919 schloß mit 36 500; das vierte Quartal 1919 mit 41 000 und das erste Quartal 1920 mit 46 865 ab. Entsprechend der Zunahme der Mitglieder stieg auch das Bestreben, bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen. Gegenüber der tariflosen Zeit seien gewaltige Fortschritte gemacht worden. Die jetzigen Tariflöhne seien vielfach höher als in anderen Bezirken mit vordem höheren Löhnen. Die Nebenart: Es ist nichts erreicht! treffe nicht zu. Andere Verufe, wie z. B. der Verband der Fabrikarbeiter, hätten weit niedrigere Tariflöhne. Zu Stundenlöhnen von 6 Mk., wie sie in Sachsen in einzelnen Textilbetrieben bestehen, habe man es in Schlesien aber noch nicht bringen können. — Nach Beurteilung der jetzigen Wirtschaftslage stellte der Redner die Frage: Was kann gegen Kurzarbeit und Entlassungen getan werden? Manche Arbeiter stellen sich auf den unolidarischen Standpunkt, Entlassungen zuzustimmen, um für die übrigen normale Arbeitszeit beizubehalten. In erster Reihe müsse ausreichende Erwerbslosenfürsorge gefordert werden. Sämmer werde sich die Frage lösen lassen, wie in einer solchen Zeit Lohn erhöhungen durchgeführt werden können. Redner eruchte um Verhandlungsvorschläge. Solcher Vorschläge gab es viele. Sie wurden eingehend besprochen und werden bei zukünftigen Tarifverhandlungen sicher eine wichtige Rolle spielen.

Der Kampf gegen die Betriebsräte.

Die Firma Sch. Maier, Flachveredlungsanstalt in Holzkirchen, führt einen herausfordernden Kampf gegen die Betriebsräte. Die Feier des 1. Mai gab der Firma Veranlassung, trotz Streik und Schlichtungsverhandlungen den Betriebsratsvorsitzenden und zum Schluß noch ein weiteres Betriebsratsmitglied zu entlassen. Die Firma scheut keine Kosten, ihr nicht genehme Betriebsratsmitglieder aus dem Betriebe zu entfernen. Nach Beendigung des Streiks wurde infolge einer am 9. Juni 1920 getroffenen Vereinbarung unter dem Vorstehe des Herrn Schmidt, Referent an der Demobilisierungsstelle München, die Neuwahl des Betriebsrates notwendig. Die Arbeiterschaft schlug zu dieser Wahl auch Kollegen vor, die bisher schon dem Betriebsrat angehört und zur vollsten Zufriedenheit ihrer Mitarbeiter ihre Pflicht erfüllten. Sofort erhob die Firma mit der Begründung, daß die bisherigen Betriebsräte die Interessen des Betriebes und der Arbeiterschaft nicht gewahrt hätten, gegen die Wiederwahl derselben Einspruch beim Schlichtungsausschuß München-Land. Gelegentlich einer früheren Verhandlung beim Schlichtungsausschuß München-Land soll sich Frau Maier gerührt haben, daß sie den Vorsitzenden derselben sehr gut kenne, daß sie mit ihm gut befreundet sei. Dies kann natürlich die Arbeiterschaft nicht veranlassen, der betreffenden Schlichtungsstelle besonderes Vertrauen entgegenzubringen. Daß der Herr Vorsitzende des Schlichtungsausschusses München-Land während einer Schlichtungsverhandlung am 17. Mai d. J. außerhalb des Verhandlungsraumes ohne Zuziehung der Gegenpartei mit Frau Maier

Rücksprache nahm, war nicht dazu angetan, das Vertrauen der Arbeiterschaft zu ihm zu stärken.

Neuerdings machte sich Frau Maier einer Wahlbeeinflussung schuldig, wie sie wohl noch in keinem Betriebe vorgekommen sein wird. Sie ließ während der Arbeitszeit eine Anzahl der männlichen Arbeiter rufen und erklärte ihnen, wenn sie keine anderen Leute zur Betriebsratswahl aufstellen, müsse sie den Betrieb schließen bzw. einschränken. Frau Maier wollte also mit der Drohung der Arbeitslosigkeit einen Einfluß auf die Betriebsratswahl ausüben, was gegen § 95 des B. G. verstößt und in Verbindung mit § 99 des B. G. mit Geldstrafe bis zu 2000 Mk. oder mit Haft bestraft wird. Frau Maier hat in der Fabrik anbringen lassen, daß einer größeren Anzahl von Arbeitern am 3. Juli gekündigt würde. Unter den zu kündigenden Arbeitern befanden sich auch die bisherigen Betriebsratsmitglieder. Nach dem bisher in diesem Betriebe Vorgefallenen ist der Grund der Entlassungen nicht Mangel an Arbeit, sondern ein Versuch, auf die Betriebsratswahl Einfluß zu gewinnen.

Doch an dem Widerstande der Arbeiterschaft werden die Absichten der Firma scheitern und wird auch diese Firma lernen müssen, sich mit dem Betriebsratsgesetz abzufinden.

In Neudamm kündigte die Firma Janide der Vorsitzenden des Betriebsrates, Kollegin Schulz, weil sie ihre Befugnisse überschritten habe. Die Kollegin hatte sich um Aufhebung der Kündigung von sechzehn Arbeitern und Arbeiterinnen an den Schlichtungsausschuß gewandt. Sie hat freilich mehr Solidarität gezeigt als ihr Namensvetter und Betriebsratskollege Otto Schulz, der der Kündigung zustimmte, weil er bei drei Tagen Wochenarbeit nicht bestehen könne. Ob die Gefindigten nach ihrer Entlassung ganz ohne Arbeit besser werden bestehen können?

Die Betriebsrätezeitung.

Wieder eine Betriebsrätezeitung! Die Betriebsrätezeitungen treten zueinander in scharfem Wettbewerf. Die neuerlich erschienene, vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebene, dürfte ihm mit den schon früher erschienenen aushalten, wenn sie halten wird, was sie verspricht, woran zu zweifeln wir keinen Grund haben. In der Einleitung zum ersten Heft, die als Einführung in das Blatt überhaupt dienen soll, wird eine recht belehrende Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung gegeben, in der recht treffend gesagt wird:

„Infolge der scharfen Trennung zwischen den ausführenden Teilarbeitern und den leitenden Angestellten ist leider die Erscheinung der Ueberhebung und der Unterschätzung geseitig worden. Vor allem begegnet man aber sehr häufig in unserer Arbeiterschaft der irtümlichen Auffassung, daß Intelligenz, daß ein offener heller Kopf allein schon genüge, um die Arbeit zu leisten, die von leitenden Angestellten gefordert wird. Gewiß, ein Mensch mit schneider Auffassungsgabe wird den Weg des Aufstiegs schneller gehen können als andere, aber dennoch, Lehrgeld zahlen und Erfahrungen sammeln muß auch er. Der junge Diplomingenieur oder Doktor, der von der Hochschule oder Universität kommt, hat zwar den Kopf voll Wissen, aber um leitende Arbeit zu leisten, benötigt auch er noch den Schatz der Erfahrungen.“

Um wieviel mehr ist das bei den Arbeitern der Fall, die als Betriebsräte, sollen sie ihre Aufgaben recht erfüllen, einem tüchtigen Betriebsleiter an technischem Wissen möglichst wenig nachstehen dürfen, aber auch im kaufmännischen Fach sich leidlich auskennen sollen. Dazu soll ihnen die Betriebsrätezeitung helfen. Sie kann aber naturgemäß weder die Fachschule noch die Schule des praktischen Lebens ersetzen, wie sie selber ganz richtig sagt, wohl aber anregen und Wege weisen, auf denen der Vorwärtstreibende das notwendige Rüstzeug sich aneignen vermag. Diese Wege führen zu den Hochschulen für Betriebsräte, aber auch in die Fachschulen. Und das in ihnen erworbene Wissen wird die Betriebsratsmitglieder um so eher in den Stand setzen, ihre hohen Aufgaben zu erfüllen, je mehr Anregungen sie für die Methoden der Aufnahme von Wissen aus der Betriebsrätezeitung geschöpft haben. — Leiter des Blattes ist Dr. A. Triemer. Verlag: Gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale; C. Reagen, Berlin SO. 16, Engelshfer 15. — Preis: 3 Mark vierteljährlich durch die Post bezogen.

Sammelt für das Gewerkschaftshaus in Leipzig.

Das Leipziger Gewerkschaftskartell erucht uns, unseren Lesern mitzuteilen, daß alle Gewerkschaftskartelle Listen zur Sammlung auslegen werden, mit deren Ertrag das Gewerkschaftshaus wieder aufgebaut werden soll, das bekanntlich von der Soldateska in frivoler Weise vernichtet worden ist. Unsere Leser allerorts werden der guten Sache gewiß ein kleines Opfer bringen wollen.

Aus der Textilindustrie.

Lohnabbau? Der Arbeitgeberverband der Meiderfärberien und chemischen Wäschereien, Ortsgruppe Chemnitz, kündigt Preisherabsetzungen an. Dabei läßt er durchblicken, daß weitere Arbeiterentlassungen erfolgen müßten, wenn die Aufträge nun nicht zahlreicher als bisher eingingen. Da der Verband den geltenden Tarifvertrag zum 31. Juli gekündigt hat, scheint er neben dem Preisabbau auch einen Lohnabbau im Auge zu haben. Die betreffenden Arbeiter werden sich dagegen ganz entschieden wehren.

Soziale Rundschau.

Leichte Milderung des Steuerabzugs.

Der Reichstag hat die schematische Anordnung des Steuerabzugs von 10 Proz. dadurch gemildert, daß beim Steuerabzug vom Lohn für Lohnarbeiter, Angestellte usw. ein Betrag von 5 Mk. täglich zunächst außer Berechnung bleibt. Weiter soll der Familienstand der Arbeitnehmer berücksichtigt werden, so daß für jedes Kind 1,50 Mk. täglich ebenfalls außer Berechnung bleibt

und lediglich der Restbetrag des täglichen Einkommens für den zehnprozentigen Steuerabzug in Betracht kommt. Für Wochenlohnempfänger bleiben 30 Mk. wöchentlich außer Berechnung, für jedes Kind 10 Mk.; vom Monatslohn werden 125 Mk., für jedes Kind 40 Mk. beim zehnprozentigen Steuerabzug außer Berechnung gestellt. Uebersteigt der Arbeitslohn oder das Gehalt aber 15 000 Mk., so ist ein erhöhter Abzug vorzunehmen; bis 30 000 Mk. Einkommen 15 Proz., von 30 000 bis 50 000 Mk. 20 Proz. Die Abzüge steigen bei höheren Einkommen bis zu 55 Proz.

Auch diese Abzüge lassen sich nicht rechtfertigen, solange man keine Mittel findet, sie auch bei denen vorzunehmen, die bei niemandem in einem Lohnverhältnis stehen. Und auch dann wäre der Abzug nicht ganz berechtigt. Steuerzahlen ist Pflicht, solange Steuern erhoben werden müssen; erst wenn diese Pflicht nicht erfüllt wird, ist der Zahlungszwang, also der Abzug, Beschlagnahme, Pfändung, gerechtfertigt.

Zur Erwerbslosenfürsorge

hat unser Kollege Soschka im württembergischen Landtage eine Antrag eingebracht, der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu eruchen, bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß: 1. die Sätze der Erwerbslosenfürsorge verdoppelt werden; 2. alle Kurzarbeiter 75 Proz. ihres Verdienstausfalls als Unterstützung erhalten; 3. die Erwerbslosen- und Kurzarbeiterunterstützung vom 14. Lebensjahr ab gewährt wird; 4. ledige Erwerbslose für sich und außerhalb des Zusammenhangs mit ihrer Familie behandelt werden; 5. Unterstützungen der Berufsorganisationen, Unfall- und Militärrenten nicht in Abzug gebracht werden dürfen; 6. die Unterstützung während der ganzen Dauer der Arbeitslosigkeit und auch bei Aussperrungen gezahlt wird.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen

im Reich ist, wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, auch am 15. Juni noch nicht in dem Maße gewachsen, wie es nach der kritischen wirtschaftlichen Lage allgemein angenommen wurde. Es erklärt sich daraus, daß die Betriebe bemüht sind, ihre Arbeitnehmer so lange wie möglich durch eine Kürzung der Arbeitszeit in der Arbeit zu erhalten. Nach den amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der männlichen unterstützten Erwerbslosen am 15. Juni 221 123, der weiblichen Erwerbslosen 67 935, im ganzen also 289 058. Damit ist die niedrigste Zahl, die bisher erreicht worden ist, vom 1. Juni d. J., die 271 961 betrug, um rund 17 000 überschritten. Die Steigerung beträgt also nicht mehr als etwa 6 Proz. Zu den eigentlichen Erwerbslosen treten 271 146 Familienangehörige, die als Zuschlagsempfänger unterstützt werden. Die Gesamtzahlen entsprechen etwa dem Stande, den die Arbeitslosigkeit am 1. Mai d. J. erreicht hatte.

Die Unfallgefahren der Kinder.

Nach einer Todesfallstatistik der Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, Hamburg 5, sind 30 Proz. der Todesursachen bei Kindern auf Unfälle zurückzuführen. Selbst die Schwerindustrie mit ihren großen Unfallgefahren folgt erst in weiten Abständen, so die Metallarbeiter mit 14, Fabrikarbeiter mit 12 und Bergarbeiter mit 10 Proz. Auf andere plötzliche Todesarten durch Krampf, Schlaganfall, Lungen- und Herzlähmung entfielen auf Kinder sogar 70 Proz. Daraus ergibt sich, daß die ständigen Todesgefahren selbst für blühende Kinder sehr große sind, was alle Eltern dringend zur Versicherung zu ihrer Kinder mahnen sollte. Tritt dann ein trauriger Fall ein, so kommt Arbeitereltern die Versicherungssumme für die Beerdigungskosten immer zuzutaten. Ist er glücklicherweise nicht zu verzeichnen, so haben Eltern wie Kinder am Fälligkeitstage ebenso den Nutzen für eine geringe, schon halbmonatlich zu entrichtende Prämie. Bei der Kinderversicherung bietet die Volksfürsorge günstige Bedingungen für den Todesfall, die Konfirmation, Aussteuer, Selbständigmachung usw., so daß fürsorgliche Eltern sie nicht versäumen sollten.

Vermischtes.

Mäßigt Euch im Genuß!

Jeder Genuß, jedes Vergnügen bewirkt eine körperliche oder geistige Schädigung des Menschen, wenn letzterer sich nicht zu beherrschen weiß. So ist es besonders mit dem Alkoholgenuß und mit dem Tabakrauchen. Letzteres hat gegenwärtig gerade auch in den Kreisen jugendlicher Personen zu Uebertreibungen geführt; man macht aus dem Genuß ein Köster. Wir halten es deswegen für angezeigt, eine Warnung, die jetzt durch die Zeitungen lief, auch hier wiederzugeben; möge sie jedem zum Nachdenken Anlaß geben!

Ein junger bleicher Mann tritt in das Sprechzimmer eines Arztes. Dieser untersucht ihn. „Sind Sie Raucher?“ — „Ja, rauche täglich 20 bis 30 Zigaretten!“ — „Glauben Sie nicht, daß das an Ihrem elenden Zustand schuld ist?“ — „Nicht im geringsten.“ — Der Arzt schüttelte den Kopf. Er nahm aus einem Glase einen Blutegel. „Ich will Ihnen etwas zeigen“, sagte er, „entblößen Sie Ihren Arm!“ Der Zigarettenraucher wies seinen bloßen Arm vor, und der Arzt setzte den dünnen schwarzen Wurm darauf. Sofort fing dieser an zu kugeln. Er wurde dicker, dann aber kam plötzlich ein krankhaftes Jucken über ihn; er fiel ab — tot! „Das hat Ihr Blut an dem Tier bewirkt!“ sagte der Arzt. Er nahm den kleinen Körper zwischen Daumen und Zeigefinger. „Sie haben ihn vergiftet!“ — „Ich vermute, daß es kein gesunder Blutegel war“, sagte der Raucher mürrisch. — „Kein gesunder? Nun gut, wir versuchen es noch einmal.“ Der Arzt setzte 2 andere Tiere auf des Jünglings Arm. „Wenn diese beiden auch sterben“, sagte der Kranke, „dann rauche ich statt 30 nur noch 10.“ Während der beiden letzten Worte zuckte der kleine Blutegel und fiel auf die Knie der Kranken — tot, und einen Augenblick später fiel auch der andere neben den ersten. „Wie abtödtlich“, sagte der junge Mann, „ich bin ja für Blutegel schlimmer als die Pest.“ — „Das ist die Wirkung eines Giftes in Ihrem Blute, das sich bei allen Zigarettenrauchern findet“, sagte der Arzt. — „Herr Doktor“, erwiderte der Raucher, indem er die Blutegel nachträglich betrachtete, „ich glaube fast, Sie haben recht. Wenn dieses Gift eine so verheerende Wirkung auf ein Lebewesen auszuüben vermag, muß es auch für mich zweifellos auf die Dauer ge-

fährlich werden. Ich werde Ihrem Räte folgen und das Zigarettenrauchen bleiben lassen.“

Sexualität im Weltkrieg.

Aus den Akten des Innsbrucker Landgerichts ergibt sich, wie Prof. Dür in der „Zeitschrift für Sexualwissenschaft“ berichtet, ein ganz auffälliger Rückgang von Sexualverbrechen in den Jahren 1913 bis 1918. Man möchte annehmen, daß die Mehrzahl der in Frage kommenden Personen zum Militärdienst eingezogen war; dagegen spricht die Tatsache, daß auch in Friedenszeiten die weitaus größte Zahl der betreffenden Angeklagten unter 18 oder über 40 Jahre alt war, also für Militärdienst wenig in Frage kam. Die Gründe dieses Rückganges dürften zunächst in der Einschränkung der Erzeugung alkoholischer Getränke, deren geringem Alkoholgehalt und ihrer Verteuerung liegen. Weiter brachte es, ganz besonders auf dem Lande, der Männermangel mit sich, daß auch für sonst ungeeignete Männer die Aussichten wuchsen, eine willfährige Partnerin zu finden; ferner aber ist es möglich, daß auch die nach und nach ziemlich weitgehende Nahrungsmittelschränkung, besonders an Eiweißstoffen, mit wirksam gewesen ist. Jedenfalls ist nicht zu bestreiten, daß nach dem Zusammenbruch und ganz besonders mit dem wieder einsetzenden reichlichen Alkoholgenuß auch die Sexualaussehreitungen wieder in Zunahme begriffen sind.

Berichte aus Fachkreisen.

Düren. Am Donnerstag, den 1. Juli, fand im Saale „Zu den vier Jahreszeiten“ eine öffentliche Textilarbeiterversammlung statt, welche vom Deutschen Textilarbeiterverband einberufen war. Kollege Wachendorf sprach über das Thema: „Was erwarten die Textilarbeiter zur Verringerung ihrer Notlage?“ Neben schließlich die augenblicklichen Verhältnisse in der Textilindustrie und die unhaltbaren Zustände, in welche die Arbeitererschaft infolge Verfürgung der Arbeitszeit, die einen nicht zu ertragenden Lohnausfall mit sich bringt, geraten ist. Das Märchen von den „hohen Löhnen“ müsse verstummen angesichts der Tatsache, daß die Arbeitererschaft im allgemeinen und die Textilarbeiter im besonderen auch in den Zeiten der Hochkonjunktur nicht so viel verdient haben, um das Allernotwendigste kaufen zu können, geschweige einen Holzgroßchen zu sparen. Allen Zweifeln entgegen er, doch mal hineingehen in die Arbeiterwohnungen. Ein nützliches Rezept für diejenigen, die als Arbeitsmittel den Abbau der Löhne proklamieren. Sind die Vorbedingungen erfüllt, die geschaffen werden müssen, um an den Abbau der Löhne zu denken, so hat die Arbeitererschaft soviel Verständnis, sich derartigen Notwendigkeiten nicht zu verschließen. Erst Senkung der Lebensmittelpreise und Verbilligung der Bedarfsgegenstände. Sind diese Bedingungen erfüllt, dann muß eine Uebergangszeit in bezug auf die Löhne eintreten, in welcher feinerer Lohnreduzierungen vorgenommen werden dürfen, damit der Arbeiter auch mal daran denken kann, die seit 6 Jahren gestiegen und immer wieder gestiegenen Kleider und Wäschebestände, soweit solche überhaupt noch vorhanden sind, einigermaßen zu ergänzen. Zur Verringerung der jetzigen Not müßten von Reich, Staat und Gemeinden Mittel zur Verfügung gestellt werden, um der durch Arbeitslosigkeit und Verkürzung der Arbeitszeit in Not geratenen Textilarbeitererschaft unter die Arme zu greifen. Insbesondere müßten die Gemeinden Mittel bewilligen zur Inangriffnahme von Notstandsarbeiten, nicht nur für die voll-, sondern auch für die zeitweilig Erwerbslosen. Die Organisation einer besonderen Textilarbeiterfürsorge, wie sie im Kriege bestand, wurde ebenfalls empfohlen. Die genannten Körperchaften wurden dringend aufgefordert, auf schnelle Senkung der Lebensmittelpreise hinzuwirken. — Eine in diesem Sinne gefasste Entschließung wurde einstimmig angenommen und an die Reichsregierung, sowie an die Stadtverwaltung in Düren, bezgl. an die umliegenden Gemeinden abgeleitet. — In der Diskussion sprach zunächst Arbeitersekretär Kollege Wense. Auch er machte längere Ausführungen. Nach ihm meldeten sich christlich organisierte Kollegen zum Wort, die dem Deutschen Textilarbeiterverband beifanden, daß sie mit dem „bedauerlichen“ Verhalten ihrer Sekretäre nicht einverstanden seien, denn der Schuh drücke die christlichen Textilarbeiter an derselben Stelle wie die deutschen Textilarbeiter; da wäre ein gemeinsames Zusammengehen beider Verbände ein Gebot der Stunde gewesen, zumal der Deutsche Textilarbeiterverband sie zu gemeinsamem Vorgehen eingeladen habe. Als Kollege Wachendorf mitteilte, daß er sogar die Zustimmung zu einem gemeinsamen Vorgehen gehabt hätte, änderte Tags jedoch, wahrscheinlich auf „höherem Befehl“, diese rückgängig gemacht worden sei, erklärte ein christlicher Kollege, daß sie sich die Diktatur ihrer Sekretäre nicht länger gefallen ließen. Hoffentlich ziehen die Leute aus diesen Tatsachen die Lehre und kommen in den Verband, der sich nicht jenen, die Notlage der Arbeiter in öffentlicher Versammlung zu besprechen und für Hilfe Sorge trägt. — In einem fertigen Schlußwort betonte der Redner die Notwendigkeit einer starken Organisation und ermahnte die Kollegen und Kolleginnen, in dieser schweren Zeit nicht nur dem Verbände die Treue zu bewahren, sondern auch Mitstreiter zu sein im Kampf für unsere Sache. Das Mitgliebsbuch allein genüge nicht; jeder Kollege, jede Kollegin müsse Agitator sein für den Deutschen Textilarbeiterverband.

Glauchau. „Die allgemeine Krise in der Textilindustrie und was ist zu tun, um die äußerste Not von den Textilarbeitern fernzuhalten?“ lautete das Thema, über das Kollege Schummler am Sonntag, den 4. Juli, im „Schützenhaus“ sprach. Ausgehend von den wirtschaftlichen Verhältnissen der Textilarbeiter am 9. November 1918 erläuterte er das frühere immerwährende Sinken unserer Valuta und das starke Abwandern von deutschen Textilprodukten ins Ausland. Das Steigen der Valuta habe die Arbeitgeber veranlaßt, ihre Betriebe stillzulegen, um ja nichts von den Riesengewinnen, die sie in kaum 1 1/2 Jahren gemacht haben, preisgeben zu müssen. Wo man nicht schliefte, versuche man die Arbeitslöhne herabzudrücken, auch den Achtstundentag zu durchbrechen. Vor allem sollte von der Landes- und Reichsregierung verlangt werden, sofort die produktive Erwerbslosenfürsorge einzuführen, weiter Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge, auch des Zuschusses für Kurzarbeiter, da die heutigen Sätze in keinem gerechten Verhältnis zu den Lebensmittelpreisen stehen. Nachdem noch Kollege Grunert das rigorose Vorgehen der Arbeitgeber in der Ferienfrage geschildert und die Kündigung einiger Lohnempfänger seitens der Arbeitgeber bekanntgegeben hatte, wurde gefordert: 1. Die Höchsthöhe der Unterstützungen nach § 9 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge sollen betragen: für männliche Personen a) über 21 Jahre alt 12 Mk., b) darunter 8,50 Mk.; für weibliche Personen: a) über 21 Jahre alt, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben, 10 Mk., b) über 21 Jahre alt, sofern sie im Haushalt eines andern leben, 9,50 Mk., c) unter 21 Jahren 6 Mk. Familienzuschläge: a) für Ehegatten 5 Mk., b) für Kinder und andere Unterstützungsberechtigigte Angehörige 3,50 Mk. 2. Bei teilweiser Arbeitslosigkeit Entschädigung nach der Zahl der ausgefallenen Stunden in Höhe von 75 Proz. des Arbeitsstundenverdienstes, unabhängig von der Höhe des Gesamtarbeitsverdienstes. 3. Unterstützung vom ersten Tage der Arbeitslosigkeit an. 4. Wegfall des Systems der Haushaltzusammenfassung, wonach das gesamte Einkommen der in dem Haushalt des Erwerbslosen lebenden Familienangehörigen zur Berechnung genommen wird (§ 6). 5. Gewährung der Unterstützung

an alle unverschuldet erwerbslos Gewordenen, nicht nur an die, welche infolge des Krieges zur Erwerbslosigkeit gelangt sind. Memmingen. Ueber Verhandlungsschwierigkeiten berichtete hier am 29. Juni Kollege Settele aus Augsburg. Nachdem unter alter Tarif gekündigt war, bemühten wir uns, einen Tarif zu bekommen. Alle Bemühungen dafür bei den in Frage kommenden Instanzen blieben erfolglos. Die Verhandlungen waren zur Zeit der Versammlung noch nicht beendet, doch ließen die Unternehmer schon durchblicken, daß sie sich nur bis zum 4. September binden wollen. — Im weiteren wurden die Bestimmungen der Unternehmer besprochen, den Zehnstundentag und das Wechseln der Arbeiter einzuführen und die Ferien zu beschränken.

Bekanntmachungen.

Vorstand.
Sonntag, den 18. Juli, ist der
29. Wochenbeitrag fällig.
Geschäftsführer. und Hilfsarbeitergesuch.
Für die Filialen Jüssen in Bayern und Radolfzell am Bodensee unseres Verbandes wird je ein Geschäftsführer und für die Filiale Klauen i. B. ein Hilfsarbeiter für den Innen- und Außendienst gesucht.
Kollegen und Kolleginnen, welche mit dem Verbandesleben bestens vertraut sind und die erforderlichen agitatorischen, organisatorischen und schriftgütigen Fähigkeiten haben und sich um die Stellen bewerben wollen, werden ersucht, ihre Bewerbung mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen, unter Beifügung eines Aufhanges über die Aufgaben eines Geschäftsführers beziehungsweise Hilfsarbeiters an die Adresse: Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Berlin D. 27, Magerstr. 6/7, bis zum 30. Juli d. J. einzureichen. Zeugnisse und dergleichen sind nur in Abschrift beizulegen. Die Beitragsklasse ist anzugeben und seit wann in der angegebenen Klasse gezahlt wird. Bedingung ist mindestens dreijährige Verbandzugehörigkeit und volle Beitragsleistung. Aufgabe über die politische Organisationszugehörigkeit ist erforderlich. Gehalt nach den Beschlüssen der Verabschiedung vom 5. und 6. Mai 1920. Das erste Jahr gilt als Probejahr. Während der Dauer desselben besteht eine vierwöchige Kündigung.
Der Vorstand.

Adressenänderungen.
Gau Hannover. Laxe i. H. (Neu). V: Adam Gremmler. K: Heinrich Geisler.
Gau Cassel. Eilrich. Alle Sendungen an den Kassierer Hermann Krone, Löffelstr. 11. — Schlich. V: J. Reinhardt, Lehmlaut 72.
Gau Düsseldorf. Rheine i. Westf. V: Geschäftsführer Andreas Simon. K: Carl Porges. Bureau: Rosenstr. 9. Tel.: Nr. 147.
Gau Stuttgart. Börrach. V: Josef Glanzmann, Geschäftsführer, Börrach-Steiten, Vorstadtstr. 1. K: A. Rieslich, Geschäftsführer, Börrach-Steiten, Vorstadtstr. 1. Alle Sendungen sind zu adressieren: Deutscher Textilarbeiterverband Filiale Börrach, Börrach-Steiten, Vorstadtstr. 1. — Offenbürg. K: Otto Schnepp, Kronenstr. 3. — Urach. K und Geschäftsführer: Gottlob Lotterer, Weberbleiche.
Gau Augsburg. Schreheim. K: Josef Schmid, Neue Kolonie.
Gau Liegnitz. Bunzlau. V: G. Burggraf, Nikolaistr. 16. — Liegnitz. K und Geschäftsführer: B. Schupmann, Rabachstr. 1.
Gau Berlin. Jaström. K: Karl Barnow, Wurfstr. 22. — Sommerfeld. K und Geschäftsführer: G. Wochow, Markt 84.
Ortsverwaltungen.
Bayreuth. Auszahlung der Unterstützungen findet jeden Freitag und Samstag vormittags 9 bis 12 Uhr statt. — Post- und Telegrammadr.: Deutscher Textilarbeiterverband, Bayreuth, Blumenstr. 22.
Limbad. Die Hilfsarbeiterstelle ist besetzt. Gewählt ist Kollege Richard Heinzig, Oberhofna, Allen Bewerbern besten Dank.
Rheine i. W. Bureauzeit für den öffentlichen Verkehr: 11 bis 1 Uhr vormittags, 5 bis 7 Uhr nachmittags. Samstag nachmittags.
Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 17. Juli.
Verlag: Kurt Götlich in Falkenberg-Güttenberg. — Verantwortlich für alle journalistischen Artikel Hugo Dreßel in Klauen i. B., für alles andere Paul Wagener in Berlin. — Druck: Verlags- und Buchdruckerei und Verlagsankstalt Paul Cäsar u. Co. in Berlin.

tags und Sonntags ist das Bureau geschlossen. Auszahlung der Unterstützung nur Samstags vormittags von 9 bis 1 Uhr.
Sagan. Die Geschäftsführerstelle ist besetzt. Gewählt wurde Kollege Rudolf Tschiede, Ostritz. Allen Bewerbern besten Dank. Die Ortsverwaltung.

- Totenliste.**
Geforderte Mitglieder.
Augsburg. Anna Renz, Weberin, 37 J., Wochenbettfolgen.
Berlin. Wwe. Marie Thiem, Huberin, 63 J., Johanna Rosensberg, Näherin, 86 J., Rüdennarktseutzündung.
Grimmsteden. Otto Händel, Balzer, 63 J., Oswald West, Weber, 57 J., Max Thümmler, Weber, 51 J.
Ebingen. Bernhard Schmann, 66 J., Speiseröhrenkrebs.
Glauchau. Bertha Dümpel, 54 J., Gehirnschlag. Hermann Keller, 64 J., Gehirnschlag.
Greis u. Umg. Selma Schmann, Spulerin, 24 J., Tuberkulose.
Günzburg. Anton Haider, Weber, 52 J., Blutvergiftung.
Hainichen. Emmy Lorenz, 23 J., Entzündung.
Hamburg. Marie Thebeschmer, Kramperin, 50 J., Grippe.
Hirschfeld. Ernst Höhne, 76 J., Schlaganfall.
Kottbus. Anna Harkig, 53 J., Gehirnschlag. Theodor Melde, 61 J., Wasserbruch.
Memmingen. Math. Blank, Untermeister, Schlaganfall.
Mylan-Kochschan. Olga Reßmann, Weberin, 57 J., Bilhelmine Negner, Weberin, 52 J., Martha Fidenwirth, Weberin, 55 J., Veit, Franz Grimm, Färbereiarbeiter, 59 Jahre. Karl, August Göring, Weber, 56 J., Walzh. Vogel, Zwirnerin, 26 J.
Neumünster. Adolf Busch, 54 J., Herzschlag.
Oder-Urkah. Karl Heinrich, 27 J., Lungenschwamm mit nachgefoltem Lungenleiden. Karoline Wllg, 45 J., Schlaganfall.
Ostsch. Martha Rink, Strickerin, 53 J., Blinddarmentzündung.
Pulsnitz. G. Max Ritsche, Weber, Grobwebstuhl, 49 J., Rippenfellentzündung.
Reichenbach i. S. Max Handjched, 46 J., Grippe. Frieda Zimmer, 41 J., Lungenfrankheit.
Spremburg (Bautz). Hermann Krause, Arbeiter, 63 J., Magenkrebs.
Schreßheim. Johana Bayer, 38 J., Kriegsverwundung.
Thalheim u. Umg. Klara Viertel, Gernsdorf, 33 J., Schlaganfall.
Wittfod (Doffe). Albert Meyer, Fabrikarbeiter, 70 J., Altersschwäche.
Wegefeld u. Umg. Bertha Ludwig, 23 J., Grippe. Margarete Friedrichs, 22 J., Grippe. Franziska Kroll, 49 J., Grippe. Rudolf Mailand, 70 J., Herzschlag. Elisabeth Garmetner, 21 J., Mißproben. Ernestine Herz, 40 J., Gehirnhautentzündung.
Ehre ihrem Andenken!
Zusammenkünfte.
Mitglieder-Versammlungen.
Berlin. Seiler, Donnerstag, 15. Juli, bei Heinrich, Große Frankfurter Str. 30.
Fürstenwalde. Dienstag, 27. Juli, im „Gesellschaftshaus“.
Hainichen. Sonnabend, 24. Juli, abends 8 Uhr, bei Balz.
Verbandsmitglieder! Schließt nur Versicherungen ab bei der
Volksfürsorge
„Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft“
Hamburg 5.